

Rede auf der Demonstration am 16.08.14

Seit 7. Juli wird der Gazastreifen eines der am dichtest bevölkerten Gebieten der Erde gehört, von der israelischen Armee bombardiert.

Die Mehrheit der 1,8 Millionen Menschen dort sind Flüchtlinge, die im Jahr 1948 von zionistischen Milizen vertrieben wurden und das Recht auf Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat haben.

Seit 8 Jahren sind ist die Bevölkerung von Gaza außerdem Opfer einer Blockade durch den Staat Israel. Die Folge solcher Schikanen sind Arbeitslosigkeit, Armut, Tote infolge mangels an Medikamenten und Behandlungsmöglichkeiten und vor allem extrem belastetes Wasser, nirgendwo im Gazastreifen ist das Grundwasser noch als Trinkwasser benutzbar.

Doch das Ausmaß der Zerstörung infolge des dritten israelischen Kriegs gegen den besetzten Landstrich seit dem Jahr 2006 ist ungeheuer:

Nach dem jüngsten Bericht von Ocha OPT vom 13. August 2014, der UN-Organisation für die Koordination der Hilfsprojekte in Gaza und Westbank, sind 16 800 Wohn-Häuser völlig zerstört oder schwer beschädigt,

370 000 Menschen befinden sich daher immer noch in UNRWA-Notunterkünften oder bei Verwandten,

230 Schulgebäude wurden bombardiert, davon sind 25 völlig zerstört oder schwer beschädigt.

Ganze Stadtteile liegen in Schutt und Asche.

Bei diesem Überfall hat die israelische Armee bisher fast 2000 Menschen getötet, darunter über 1400 Zivilisten, unter ihnen 458 Kinder und 238 Frauen. Fast 10.000 PalästinenserInnen wurden verletzt, darunter 3009 Kinder.

Gezielt hat die israelische Armee lebenswichtige Infrastruktur unter Beschuss genommen:

Die einzige Elektrizitätsanlage im Gazastreifen wurde bombardiert und konnte noch nicht wieder hergestellt werden.

Damit fehlt auch die Elektrizität für die Wasserversorgung und für das Abpumpen von Abwasser.

Israelische Kampfflugzeuge haben außerdem mehrere zentrale Wasserleitungen gezielt zerstört. Nach Angaben von OCHA OPT sind von diesen Zerstörungen 900.000 Bewohner des Gazastreifens betroffen. Zum Teil hat das israelische Militär den Beschuss fortgesetzt, als Helfer versuchten, die bombardierten Leitungen zu

reparieren.

Auch eine Anlage für Abwasserreinigung wurde bombardiert, wobei Zehntausende Kubikmeter ungeklärten Wassers ins Meer flossen.

Saed Al-Din Atbash, der Chef der Wasserversorgung von Gazastadt weist darauf hin, dass etwa 70 000 Menschen in den Flüchtlingslagern vorerst ohne Wasserversorgung bleiben werden, da es unter den Angriffen der israelischen Armee unmöglich war, die Schäden zu reparieren.

Haidar Eid, Universitätsdozent und BDS und Menschenrechtsaktivist in Gaza beschreibt in einem Interview mit Electronic Intifada am 13. August 2014 die aktuelle Situation in einem Dorf bei Khan Younis im südlichen Gazastreifen folgendermaßen:

Die zerstörten Häuser, die schwer beschädigten Häuser - immer noch liegen tote Tiere auf den Straßen, die die Leute nicht wegschaffen konnten, und das sind Hunderte. Der Geruch von Toten liegt in der Luft, von Toten, die noch unter den Trümmern liegen.

Unterdessen haben sowohl eine UN-Kommission als auch verschiedene Menschenrechtsorganisationen damit begonnen, Kriegsverbrechen der israelischen Armee zu dokumentieren. Es gibt bereits bekannte Ergebnisse.

Wie Human Rights Watch aufdeckte, haben israelische Soldaten in Khuzaa im südlichen Gazastreifen zwischen 23. und 25. Juli mehrere Menschen erschossen, die deutlich sichtbar unbewaffnete fliehende Zivilisten waren und überdies teils weiße Flaggen trugen. Außerdem feuerten israelische Soldaten auf medizinisches Hilfspersonal und Rettungsleute.

Nach Angaben der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Mezan, der Partnerorganisation von Medico International, hat das israelische Militär am 16. Juli ein Behindertenzentrum angegriffen, wobei zwei Bewohner getötet und vier Frauen, darunter eine Betreuerin verletzt wurden.

Die palästinensische Rechtsanwaltsorganisation Adalah fordert außerdem eine Untersuchung der Angriffe auf mehrere Hospitäler, Krankenstationen und medizinisches Personal, unter ihnen der Chef der Notfallstation des Roten Halbmonds im Flüchtlingslager Jabaliya.

Die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq berichtet über die Beobachtungen von Ärzten und Pflegeern in den Krankenhäusern, die eine zunehmende Anzahl von ungewöhnlichen Verletzungen festgestellt haben. Sie glauben, dass diese Verletzungen infolge des Einsatzes von Dense Inert Metal Explosives (DIME) Munition entstanden sind. Diese Waffen enthalten eine Mischung aus explosivem Sprengstoff, Kobalt, Nickel, Eisen und Wolfram-Gemisch, deren Zusammenwirkung eine sehr dichte Mikro-Schrapnell -Wirkung erzeugt. Die

gewaltige Energie und die Wirkung des Mikro-Shrapnell der DIME-Munition sind meist tödlich, sie führen aber immer zu schweren Verletzungen..

Anhand der Verletzungen lässt sich feststellen, ob sie durch traditionelle Munition oder durch DIME-Munition verursacht wurden. Aus Gaza werden Fälle berichtet von ganzen Körpern, zerschnitten in zwei Hälften, zersplitterte Knochen und Haut, und Muskeln und Knochen, die sich aufgrund der zerstörerischen Verbrennungen und in Verbindung mit der der gewaltigen Kraft der Waffen und sehr hoher Temperatur in Holzkohle verwandelt haben.

Der Einsatz von DIME-Waffen verstößt gegen das internationale Menschenrecht. Die Menschenrechtler verlangen eine internationale Untersuchung.

Auch Medico international fordert eine Untersuchung von Völker-und menschenrechtsverletzungen. Direkt betroffen ist die Organisation durch den Tod von Anwar Al Zaaneen, eines Menschenrechtlers der Partnerorganisation Al Mezan von Medico. Anwar Al Zaaneen. wurde durch einen gezielten Drohnenbeschuss der israelischen Armee umgebracht, als vor seinem Haus stand und die kaputten Wasserleitungen inspizierte

Trotz ihren systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung konnte die israelische Regierung immer auf die Unterstützung der so genannten westlichen Regierungen rechnen. Dies gilt an erster Stelle für die Bundesrepublik.

Anfang Juli 2014 ist unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein weiteres U-Boot von der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH (TKMS) in Kiel an Israel ausgeliefert worden, das mit atomaren Marschflugkörpern ausgerüstet werden kann. Dies geschah mit ausdrücklicher Genehmigung von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Der Staat Israel bekommt die Waffe mit deutschen Steuergeldern subventioniert zum Vorzugspreis

Die enge Zusammenarbeit der israelischen Armee mit der Bundeswehr wurde nochmals durch ein neues Projekt ausgebaut - der Ausbildung im urbanen Gelände, einschließlich Tunnelkampf.. 250 deutsche Soldaten sollen dafür nach Israel geschickt werden.

Es geht um den Austausch von Einsatzerfahrungen sowie gemeinsame Ausbildungen und Übungen.

Während sich die deutsche und andere Regierungen der Nato-Staaten zu Komplizen der Kriegsverbrecher machten, wurde der Protest der Zivilbevölkerung weltweit massiv.

150 000 demonstrierten am 9. August am dem von der paläst. Zivilgesellschaft ausgerufenen Tag des Zorns in London auf die Straße für Sanktionen gegen Israel und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifen. In Südafrika waren es möglicherweise sogar 200 000, um nur 2 der größten Protestmärsche zu nennen.

Während des Krieges gegen Gaza haben Ecuador, Chile und Brasilien ihre Botschafter aus Israel zurückgezogen. Damit schlossen sie sich Venezuela und Bolivien an, die die diplomatischen Beziehungen zu Israel bereits nach dem Gazakrieg 2008/9 abgebrochen hatten.

Besonderen Mut braucht man derzeit allerdings, wenn man in Haifa gegen das Vorgehen der israelischen Armee protestiert. Aktivist Yoav beschreibt die Situation in seinem Blog am 10. August folgendermaßen:

Bereits vor dem Angriff auf Gaza am 7. Juli erlebten wir einen Monat lang zionistische Hetze. Das bedeutete auf lokaler Ebene, dass bereits bei fast allen palästinensischen Mahnwachen einige der Teilnehmer festgenommen wurden. Das hielt uns natürlich nicht davon ab, gegen das Massaker zu demonstrieren. Es gab einen kleinen Protest in der Deutschen Kolonie am ersten Tag des Angriffs und eine größere am 14. Juli, beim Emil Habibi Zentrum in Wadi Nisnas, die sich zu einem spontanen Marsch durch die Straßen zu Haifas arabischem Hauptzentrum entwickelte. Für das nächste Wochenende waren zwei große Demonstrationen geplant. Die Jugendbewegung Al-Hera Al Shababi rief zu einem Marsch am Freitag 18. Juli vom Abbas Zentrum durch die arabischen Viertel auf. Die Demokratische Front (Al Jabha Al Dimokratia) rief Juden und Araber zu einem gemeinsamen Zug auf den Gipfel des Carmel Berges durch die Moria Avenue, die Hauptstraße des Jüdischen Stadtteils auf.

Gegen diese Demonstrationen gab es enorme zionistische Hetze, an deren Spitze sich Bürgermeister Yona Yahav setzte, der sich sonst stolz rühmt, ein friedliches Zentrum der Koexistenz zu führen. Er verlangte von der Polizei die Demonstrationen zu verhindern, obwohl die Jabha Demonstration eine Erlaubnis der Polizei dank richterlicher Anordnung erhalten hatte. Auch sollten Araber daran gehindert werden, von außerhalb nach Haifa zu kommen, um an der Demonstration teilzunehmen. am Freitag wurde die friedliche Demonstration der Jugend von einer großen Anti-Aufstands-Einheit der Polizei brutal angegriffen. Etwa 30 Demonstranten wurden verhaftet und mehrere verletzt.

Aber der eigentliche Horror geschah im jüdischen Carmel-Viertel, wo sich Tausende zionistischer Faschisten versammelt hatten, um Demonstranten und andere Araber zu hetzen und "Tod den Arabern" riefen. Viele wurden auf dem Weg zur Demonstration geschlagen, unter ihnen war der arabische stellvertretende Bürgermeister Dr. Suhail Assad.

Nachdem einige Busse mit Demonstranten angegriffen und die Fenster zerschlagen worden waren, versuchten die restlichen nicht mehr nach Haifa zu kommen, ganz wie es der Bürgermeister wünschte. Die Polizei unternahm nichts gegen das Pogrom bis die Anti-Kriegs-Demonstration zerstreut war.

Bei den Demonstrationen in der Westbank sterben derzeit immer noch Palästinenser durch die Kugeln der israelischen Armee so wie gestern in Bethlehem.

Diese mutigen DemonstrantInnen haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die israelische Armee derzeit die Waffenruhe im Gazastreifen im Wesentlichen einhält und dass offensichtlich auch über die palästinensischen Forderungen ernsthaft verhandelt wird, die die Aufhebung der Blockade erreichen wollen.

Diese **10 Forderungen der Palästinensischen Kräfte** lagen schon seit Mitte Juli auf dem Tisch. Sie fordern einfach nur die elementaren Grundlagen, um das Leben im Gazastreifen erträglich zu machen. Sie lauten

Rückzug der israelischen Panzer von den Grenzen Gazas

- Freilassung aller inhaftierten nach der Ermordung der drei israelischen Jugendlichen
- Aufhebung der (israelischen - JS) Belagerung von Gaza und Öffnung der Grenzübergänge für den Handel
- Wiederaufbau eines internationalen, von der UN beaufsichtigten Schiffs- und Flughafens (beide wurden ehemals von Israel völlig zerstört! - JS)
- Ausdehnung der Fischereizone auf 10 km (vor der Küste des Gazastreifens - JS)
- Internationalisierung des Rafah Grenzübergangs (nach Ägypten - JS), der der Aufsicht der UN und einiger arabischer Nationen unterstehen soll
- Internationale Streitkräfte an den Grenzen (Gazas - JS)
- Lockerung der Genehmigungsbedingungen für das Beten in der Al Aqsa Mosche
- Verbot jeglicher israelischer Beeinträchtigungen des Aussöhnungsvertrags (zwischen Hamas und Al Fatah - JS)
- Widererrichtung einer Industriezone und Förderung der weiteren ökonomischen Entwicklung im Gazastreifen

Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist die Brutalität und Grausamkeit eines kolonialistischen Staats. Rassismus, Apartheid, ethnische Säuberung und Krieg begleiteten die Geschichte der Siedlerkolonien Amerika, Australien, Südafrika, Rhodesien (heute Zimbabwe), Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia), wo die deutschen Kolonialisten in den Jahren 1907 und 1908 den Völkermord an den Hereros begingen, und andere.

Diese koloniale israelische Herrschaft mit Rassismus, Apartheidsgesetzen und ethnischer Säuberung müssen wir überwinden. Dafür brauchen die PalästinenserInnen internationale Solidarität und Druck auf die westlichen Regierungen, die so großes Interesse an diesem Apartheid- und Kolonialstaat haben. .

Unterstützen wir den Aufruf von 171 palästinensischen Zivilorganisationen zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen den Staat Israel, und zwar

solange bis die Menschenrechte der PalästinenserInnen verwirklicht sind und das israelische Kolonialsystem überwunden ist.